

2.12.1970

## E r k l ä r u n g

zu Fragen der Festigung der Sicherheit und Entwicklung  
der friedlichen Zusammenarbeit in Europa

---

Die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Ungarische Volksrepublik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die auf der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin vertreten sind, erörterten die in Europa bestehende Lage.

Die Beratung stellt mit Genugtuung fest, daß die Anstrengungen, die von den sozialistischen Ländern unternommen werden, wirksam zur Gesundung der Lage auf dem europäischen Kontinent und zur praktischen Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung beitragen.

Es wurde konstatiert, daß sich in der letzten Zeit in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten die Tendenzen zur Entspannung und zu einer umfassenden gutnachbarlichen Zusammenarbeit immer mehr durchsetzen.

Die auf der Beratung vertretenen Staaten begrüßen einen solchen Verlauf der Entwicklung der europäischen Angelegenheiten, der den Interessen aller Länder Europas, großer wie kleiner, und der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in der ganzen Welt entspricht. Sie beabsichtigen, auch künftig zur Erweiterung und Vertiefung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen mit anderen Staaten Europas beizutragen, die ihrerseits bereit sind, eine Politik der internationalen Entspannung zu verfolgen. Es wurde erneut auf die Notwendigkeit verwiesen, in den Beziehungen zwischen allen Staaten die Prinzipien der

Unabhängigkeit, der Integrität, der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer strikt einzuhalten.

Die Teilnehmer der Beratung unterstrichen die große internationale Bedeutung des Abschlusses des Vertrages zwischen der UdSSR und der DDR und der Paraphierung des Vertrages zwischen der VRP und der BRD. Die Anerkennung der bestehenden Lage in Europa, die sich in Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung herausgebildet hat, und ~~der~~ Unantastbarkeit der gegenwärtigen Grenzen der europäischen Staaten sowie die Einhaltung des Prinzips, Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen, ohne Gewalt anzuwenden oder anzudrohen, - all das ist von eminenter Bedeutung für das Schicksal des Friedens in Europa, für die friedliche Zukunft der europäischen Völker. Das Inkrafttreten dieser Verträge wird den lebenswichtigen Interessen aller Staaten und Völker entsprechen.

Die Teilnehmer der Beratung erklärten sich einmütig mit der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik solidarisch. Die gesamte Entwicklung in Europa zeugt davon, daß es unmöglich ist, ohne die Teilnahme der DDR das Gebäude eines dauerhaften Friedens in diesem Raum zu errichten. Die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Staaten, die solche Beziehungen bisher nicht hergestellt haben, darunter auch die Herstellung von Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der allgemeingültigen Normen des Völkerrechts, die Aufnahme der DDR als gleichberechtigtes Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen sind lebensnotwendige Forderungen der Zeit und wären ein gewichtiger Beitrag zur europäischen und internationalen Sicherheit.

Die auf der Beratung vertretenen Staaten unterstützen voll und ganz die berechnigte Forderung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, daß die BRD die Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang anerkennt mit allen sich daraus ergebenden Folgen. Die eindeutige und endgültige Distanzierung der BRD von diesem Diktat, das die räuberische Politik Hitlers verkörperte, würde die Gesundheit der Lage in Europa und die Entwicklung der Beziehungen der BRD zu den sozialistischen Ländern fördern.

Auf der Beratung wurde hervorgehoben, daß sich Voraussetzungen für die Regelung anderer in Europa stehender Probleme herausbilden. In diesem Zusammenhang wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen über Westberlin mit der Erzielung einer gegenseitig akzeptablen Vereinbarung abgeschlossen werden, die den Interessen der Entspannung im Zentrum Europas sowie den Bedürfnissen der Bevölkerung Westberlins und den legitimen Interessen und souveränen Rechten der DDR entspricht.

Die Teilnehmer der Beratung äußerten ihre Überzeugung, daß die Einberufung einer Gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen der Sicherheit und der Zusammenarbeit eine neue, bedeutende Etappe auf dem Wege zur Festigung des Friedens in Europa sein würde.

Dank der bereits geleisteten Vorbereitungsarbeit sind jetzt für die Durchführung einer solchen Konferenz genügend Voraussetzungen geschaffen. Die Tagesordnung und der Kreis der Teilnehmer an der Konferenz sind im wesentlichen umrissen, eine breite Basis für die Verständigung und die Gewährleistung positiver Ergebnisse der Konferenz wurde geschaffen. Der Abschluß der Abstimmung aller mit der Einberufung der Konferenz zusammenhängenden Fragen erfordert

gegenwärtig neben bilateralen Kontakten die Durchführung multilateraler Konsultationen unter Teilnahme aller interessierten Staaten. Viele europäische Staaten haben sich bereits dafür ausgesprochen.

Die Beratungsteilnehmer nahmen mit Genugtuung die neue Initiative der Regierung Finnlands auf, zu den mit der Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz zusammenhängenden Fragen in Helsinki Vorbereitungsstreffen von Vertretern aller interessierten Staaten zu veranstalten. Die auf der Beratung vertretenen Staaten erklären ihre Bereitschaft, an solchen Treffen teilzunehmen, die geeignet sind, die praktische Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz zu fördern.

Es gibt keinerlei Gründe, die Einberufung der Konferenz hinauszuzögern oder irgendwelche Vorbedingungen zu stellen. Die Bewegung für die Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent wird immer breiter und nimmt immer mehr Massencharakter an. Die an der Beratung teilnehmenden sozialistischen Staaten sind fest entschlossen, alles von ihnen Abhängende zu tun, damit der Friedenswille der europäischen Völker lebendige Wirklichkeit werde.

Die Teilnehmer der Beratung stellen fest, daß die Gegner der Entspannung und der friedlichen Zusammenarbeit in Europa ihre gefährliche Tätigkeit nicht eingestellt haben. In diesem Zusammenhang wurde der Aktivierung der aggressiven Kreise der NATO, den provokatorischen Handlungen revanchistischer und militaristischer Kräfte in der BRD sowie den fort-dauernden Versuchen, von außen die Entwicklung günstiger Prozesse auf dem europäischen Kontinent aufzuhalten, Aufmerksamkeit gewidmet. Es wurde die feste Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß die Friedenskräfte Europas fähig sind, die Hindernisse zu überwinden, die von den Gegnern des

Friedens geschaffen werden, und mit vereinten Anstrengungen die Aufgabe zu lösen, in diesem Teil des Erdballs den Frieden zuverlässig zu sichern.

Zu den Fragen der europäischen Sicherheit, der Entspannung und der Abrüstung bekräftigen die Beratungsteilnehmer ihren in der Bukarester Deklaration vom 5. Juli 1966 dargelegten Standpunkt.

Die Teilnehmer der Beratung brachten die Entschlossenheit der Parteien und Regierungen ihrer Länder zum Ausdruck, auch künftig im Interesse der Gewährleistung einer stabilen Sicherheit in Europa und in aller Welt abgestimmte gemeinsame Schritte in der internationalen Arena zu unternehmen. Dazu werden sie aktiv die Politik des Friedens, der Entspannung und der umfassenden internationalen Zusammenarbeit fortsetzen.

Für die Herstellung eines dauerhaften Friedens und  
der Sicherheit im Nahen Osten

Die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Ungarische Volksrepublik, die auf der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin vertreten sind, erörterten die Lage im Nahen Osten und nahmen in diesem Zusammenhang folgende Erklärung an:

Im Nahen Osten besteht nach wie vor eine friedensgefährdende Lage. Seit mehr als drei Jahren halten die israelischen Truppen arabische Gebiete besetzt. Die imperialistische Politik der herrschenden Kreise Israels und der Israel unterstützenden Kräfte der internationalen Reaktion errichtet immer neue Hindernisse auf dem Weg zur Verwirklichung einer politischen Regelung im Nahen Osten. In Anbetracht der internationalen Bedeutung dieses Raumes darf die Größe und das Ausmaß der damit zusammenhängenden Gefahren nicht unterschätzt werden.

In den Fragen des Nahen Ostens gibt es zwei entgegengesetzte Richtungen. Die eine Richtung ist der konsequente Kurs, mit politischen Mitteln eine Regelung herbeizuführen, die allen Völkern des Nahen Ostens, darunter auch dem Volk-Israels, eine unabhängige, sichere nationale Existenz garantieren, ihre Grenzen sichern und es ihnen ermöglichen würde, ihre Kräfte, Ressourcen und Energien für die Befriedigung ihrer dringenden Bedürfnisse einzusetzen. Doch es kann im Nahen Osten keinen Frieden geben, solange die israelischen Truppen nicht alle besetzten arabischen Gebiete räumen. Solange dies nicht geschieht, ist es unvorstellbar, daß die Völker des Nahen Ostens als

gutmächtig miteinander leben können. Die Anhänger dieses Kurses, die VAE und andere arabische Staaten sowie die sie unterstützenden sozialistischen und anderen friedliebenden Staaten treten für die Erfüllung aller Forderungen der Resolution des Sicherheitsrates von 22. November 1967 ein, die die Grundlage für die Wiederherstellung des Friedens im Nahen Osten bildet. Sie bestehen auf der Herstellung von Kontakten und Verhandlungen zwischen den am Konflikt beteiligten Seiten unter Vermittlung des Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs, Botschafter Jarrings, als den nächsten praktischen Schritten.

---

Die andere Richtung zielt darauf ab, mit allen Mitteln die Annexion der eroberten Gebiete der arabischen Staaten und die Spannungen im Nahen Osten aufrechtzuerhalten, die progressiven arabischen Regimes zu stürzen und die arabische nationale Befreiungsbewegung zu unterminieren. Israel und seine Hintermänner sabotieren hartnäckig alles, was zu einer gerechten Regelung führt. Sie versuchen, den Völkern des Nahen Ostens ihre imperialistischen Forderungen aufzuzwingen, indem sie erklären, daß diese Forderungen entweder angenommen werden müssen oder es keinen Frieden geben wird. Diese Politik wurde vor kurzem erneut auf der XXV. Tagung der UNO-Vollversammlung verurteilt.

Die Kräfte des Weltimperialismus, in erster Linie des amerikanischen Imperialismus, tragen die volle Verantwortung dafür, daß der Nahe Osten nach wie vor einer der gefährlichsten Spannungsherde der Welt ist. Die herrschenden militaristischen Kreise Israels, die sich mit ihren Eroberungsplänen und Programmen zur Schaffung eines "Großisrael" brüsten, setzen in Wirklichkeit die Lebensinteressen des israelischen Volkes aufs Spiel.

Auf der Beratung wurde die Überzeugung ausgesprochen, daß den Versuchen der imperialistischen Länder, die arabischen Völker zu spalten und gegeneinander auszuspielen, auch in Zukunft die Anstrengungen der arabischen Staaten und Völker zur Festigung ihrer Einheit und Geschlossenheit entgegengesetzt werden. Die Teilnehmer der Beratung sind überzeugt, daß die Umtriebe der internationalen Reaktion gegen die fortschrittlichen arabischen Regime ebenso wie in der Vergangenheit zum Scheitern verurteilt sind. In diesem Zusammenhang geben sie ihrer tiefen Genugtuung über die Erklärungen der führenden Politiker der Vereinigten Arabischen Republik Ausdruck, daß diese gewillt sind, unbeirrt den Kurs fortzusetzen, den die VAR zu Lebzeiten von Präsident Gamal Abdel Nasser befolgt hat und daß sie für eine politische Lösung des Nahostkonfliktes und gegen den Weltimperialismus, für Unabhängigkeit, Freiheit und Fortschritt, für die Freundschaft mit den sozialistischen Ländern, für Frieden und internationale Verständigung eintreten.

Die Teilnehmer der Beratung bekräftigen ihre Bereitschaft, auch in Zukunft den gerechten Kampf der arabischen Völker, darunter auch des arabischen Volkes von Palästina, gegen die imperialistische Aggressionspolitik im Nahen Osten, für die Befreiung der besetzten arabischen Gebiete, für Freiheit und sozialen Fortschritt entschieden zu unterstützen.

## Erklärung zur Verschärfung der Situation in Indochina

Die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Ungarische Volksrepublik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die auf der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin vertreten sind, erörtern die sich in Indochina entwickelnde Situation.

In der letzten Zeit haben die Vereinigten Staaten von Amerika neue Aggressionsakte gegen die Demokratische Republik Vietnam unternommen, indem sie massierte Überfälle auf das Territorium der DRV verübten.

Diese unverschämten Handlungen des amerikanischen Imperialismus haben in der ganzen Welt tiefe Empörung und Entrüstung ausgelöst. Die USA demonstrieren nicht nur erneut, daß sie nicht gewillt sind, die allgemeingültigen Normen in den Beziehungen zwischen souveränen Staaten zu berücksichtigen, sondern brechen zugleich ihre eigenen Versprechen. Zynisch hat die amerikanische Regierung ihre Verpflichtung zur vollständigen und bedingungslosen Einstellung der Bombardierungen und des Beschusses des Territoriums der Demokratischen Republik Vietnam gebrochen, die es ermöglichte, die

Vierer-Verhandlungen in Paris zur Regelung des Vietnam-Problems zu beginnen. Das erst vor kurzen vom USA-Präsidenten gepriesene sogenannte Programm einer friedlichen Regelung in Vietnam erwies sich in Wirklichkeit nur als ein Deckmantel zur Fortsetzung und Ausweitung der Aggression.

Die Fortführung des räuberischen Krieges in Südvietnam, die Ausweitung der bewaffneten Intervention in Laos, die Mißachtung der Neutralität und die Aggression gegen Kambodscha sowie die neuen barbarischen Luftüberfälle auf die Demokratische Republik Vietnam - all das sind Glieder einer Kette und Bestandteile einer Politik, die die Ziele verfolgt, die nationale Befreiungsbewegung zu unterdrücken, ein brutales imperialistisches Diktat auszuüben und den Völkern imperialistische Forderungen mit Waffengewalt aufzuzwingen.

Nicht zufällig schüren die USA gleichzeitig auch im Fernen Osten die Spannungen. Sie ermuntern jene Kräfte in Japan, die für die Wiedergeburt des japanischen Militarismus und seiner expansionistischen Politik eintreten. Der amerikanische Militärklüngel und seine Marionetten in Seoul organisieren immer wieder Provokationen gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik. Die USA erweiterten ihre Militärhilfe für die Tschiang-Kai-schek-Clique und geben ihre Militärstützpunkte auf der zur Volksrepublik China gehörenden Insel Taiwan nicht auf. Sie verhinderten erneut die Wiederherstellung der legitimen Rechte der Volksrepublik China in der UNO.

Gewisse Kreise der USA glauben, daß sie ihre imperialistischen Ziele umso leichter erreichen können, je mehr Länder sie in ihr gefährliches Spiel der Zuspitzung der internationalen Lage hineinziehen. Auf diesem Wege können die USA nur neue Mißerfolge und neue Fehlschläge erleiden.

Die Versuche der amerikanischen Imperialisten, den Willen des vietnamesischen Volkes zu brechen, es einzuschüchtern und auf die Knie zu zwingen, sind gescheitert. Die Politik der USA hat eine ihrer größten Niederlagen davongetragen. Je mehr die USA ihre Intervention ausweiten, desto entschiedener wird der Widerstand des heldenhaften vietnamesischen Volkes, das von den sozialistischen Bruderländern, von allen freiheitsliebenden Kräften der Welt unterstützt wird.

Die von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam unterbreiteten und von der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam unterstützten konstruktiven Vorschläge gaben und geben den führenden Politikern der Vereinigten Staaten die Möglichkeit, den Konflikt zu beenden und mit dem schändlichen kolonialistischen Abenteuer, in das sie ihr eigenes Land gestürzt haben, Schluß zu machen. Der vollständige und bedingungslose Abzug der amerikanischen Truppen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes aus Südvietnam, die Schaffung einer provisorischen Koalitionsregierung auf der Grundlage der Vorschläge der Regierungen der Republik

Südvietnam und der Demokratischen Republik Vietnam - das ist der reale Weg zur raschen Herbeiführung einer politischen Regelung in Vietnam.

Die Teilnehmer der Beratung verurteilen entschieden die aggressiven Handlungen der USA. Sie bekräftigen ihre Solidarität mit den Völkern Vietnams, Laos' und Kambodschas, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit, um ihr heiliges Recht kämpfen, den Weg ihrer Entwicklung entsprechend ihren nationalen Interessen und Wünschen ohne jegliche Einmischung von außen zu bestimmen. Die sozialistischen Länder, die im Geiste der Prinzipien des proletarischen Internationalismus handeln und die Sache des Friedens und des Fortschritts verteidigen, werden den Völkern Indochinas bei der Abwehr der bewaffneten imperialistischen Intervention auch künftig jede nur mögliche Unterstützung geben.

So wie bisher werden sie auch weiterhin die Bemühungen der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam und der patriotischen Kräfte in Laos und Kambodscha unterstützen, schnellstens eine politische Regelung in Indochina zu erreichen.

Die sozialistischen Länder glauben fest an den Triumph der gerechten Sache, die die Völker Vietnams, Laos' und Kambodschas verteidigen. Sie appellieren an die Regierungen, die

politischen und gesellschaftlichen Organisationen aller  
Länder, denen die Interessen des Friedens und der Freiheit  
der Völker teuer sind, die Unterstützung für die kämpfenden  
Völker Indochinas zu verstärken.

Schluß mit den imperialistischen Provokationen gegen die  
unabhängigen Staaten Afrikas

---

Die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Ungarische Volksrepublik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die auf der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin vertreten sind, erklären im Zusammenhang mit der Aggression der Kolonialisten gegen die Republik Guinea folgendes:

Der Imperialismus hat ein neues Verbrechen gegen das freie Afrika begangen. Am 22. November unternahmen die portugiesischen Kolonialisten eine bewaffnete Aggression gegen einen souveränen Staat, ein Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen, die Republik Guinea.

Ziel dieses Abenteuers, das eine grobe Verletzung der elementaren Normen des Völkerrechts darstellt, ist es, das progressive Regime in Guinea zu stürzen, dem guineischen Volk den Weg zum Aufbau eines neuen Lebens zu versperren und ihm erneut die Fesseln ausländischer Unterdrückung anzulegen. Gleichzeitig richten die Imperialisten ihren Schlag auch gegen andere unabhängige Länder Afrikas. Sie haben im

aufgegeben, dort eine Ordnung zu errichten, die es ihnen ermöglichen würde, eine neokolonialistische Politik der Ausplünderung und Ausbeutung ganzer Völker zu betreiben.

Die Absichten der Aggressoren bestanden auch darin, den Freiheitskampf der Völker Guineas (Bissao), Angolas, Moçambiques, Südafrikas, Zimbabwes und Namibias aufzuhalten, die sich von den Fesseln der kolonialen und rassistischen Unterdrückung befreien und ihr Schicksal selbst bestimmen wollen. Mit ihrem bewaffneten Überfall auf die Republik Guinea haben die portugiesischen Kolonialisten die Rolle des Stoßtrupps, eines Werkzeuges der imperialistischen Kräfte und all derer übernommen, die es auf den Reichtum des afrikanischen Kontinents abgesehen haben.

Portugal hätte sich niemals zu einem derart unverschämten Schritt ohne Wissen und Unterstützung jener imperialistischen Kräfte entschlossen, die dieses Land aufrüsten, seine Politik bestimmen sowie auch seine Versuche begünstigen, die nationale Befreiungsbewegung zu ersticken. Die portugiesischen Söldner, die den souveränen Staat Guinea überfallen haben, waren auch mit Waffen aus NATO-Arsenalen ausgerüstet.

Das Abenteuer der Imperialisten wird scheitern. Das Volk Guineas wird mit Unterstützung der befreundeten afrikanischen und sozialistischen Länder, aller fortschrittlichen und anti-imperialistischen Kräfte die bewaffnete Intervention erfolgreich zurückschlagen und sein Recht auf eine selbständige

Die imperialistische Aggression gegen Guinea zeigt erneut, daß es dringend notwendig ist, die kolonialen und rassistischen Regimes schnellstens und vollständig zu liquidieren. Der Kolonialismus bedroht den Frieden und die Sicherheit aller Völker. Solange auf afrikanischem Boden auch nur noch ein einziges Kolonialregime besteht, aus diesem Gebiet nicht alle Truppen abgezogen und Militärstützpunkte der Kolonialisten liquidiert sind, wird die friedliche und freie Entwicklung der Staaten Afrikas in Gefahr sein. Die vollständige Beseitigung des Kolonialismus und Rassismus wird umso schneller erreicht sein, je entschlossener und entschiedener die unabhängigen afrikanischen Länder und Völker, darunter auch in der Organisation der Afrikanischen Einheit, auftreten, je stärker die Aktionseinheit aller Kräfte der antiimperialistischen Weltbewegung ist.

Die Teilnehmer der Beratung verurteilen entschieden die Aggression gegen die Republik Guinea und die anderen verbrecherischen Aktionen der Imperialisten und Neokolonialisten. Sie bekräftigen ihre Solidarität mit dem gerechten Kampf des guineischen Volkes und aller afrikanischen Völker für Freiheit und Fortschritt, für die vollständige Verwirklichung der UNO-Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker. In ihrem Kampf um die Befreiung können die Völker Afrikas auch weiterhin auf die Hilfe der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft rechnen.